



INFORMATIONEN

für Presse, Social Media, Funk und Fernsehen

92/2026

IHK-Vollversammlung diskutiert Standortkampagne, Wahlrentenmodell und Energieversorgung

Dessau-Roßlau, 26. Juni 2026. Die Vollversammlung der IHK Halle-Dessau hat sich in ihrer Sommersitzung in Dessau-Roßlau mit zentralen wirtschaftspolitischen Fragen befasst. Im Mittelpunkt standen die IHK-Standortkampagne „Unsere Wirtschaft – stark vor Ort“, die Reform der gesetzlichen Rente, die Energiepolitik sowie die wirtschaftlichen Erwartungen mit Blick auf die Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt.

IHK-Präsident Sascha Gläßer betonte, viele Unternehmen der Region stünden weiterhin unter erheblichem Druck – durch hohe Kosten, Bürokratie und Fachkräftemangel – Investitionszurückhaltung sei die Folge. Auf zentrale Fragen finde die Bundesregierung nicht schnell und entschlossen genug Antworten. „Unsere Unternehmen erwarten keine parteipolitischen Reflexe, sondern Lösungen für konkrete wirtschaftliche Probleme“, machte Gläßer deutlich. Der Standort brauche eine Politik, die Investitionen erleichtert, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, berufliche Bildung stärkt und Bürokratie wirksam reduziert. Positive Entwicklungen sehe die Vollversammlung aber auf Landesebene unter anderem bei der Neuauflage der Bürgerarbeit und beim beschlossenen Normenkontrollrat, in dem die Wirtschaft beim Bürokratieabbau mitwirken werde.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Diskussion zur IHK-Standortkampagne „Unsere Wirtschaft – stark vor Ort“. Die IHK hatte die Kampagne gestartet, um vor der Landtagswahl sichtbar zu machen, was Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt leisten – für Wertschöpfung, Ausbildung, Innovation, Investitionen und Arbeitsplätze. Zugleich solle sie zentrale Zukunftsfragen des Standorts sachlich einordnen. „Wir bringen Fakten in die Debatte ein. Und wir laden zu sachlicher Diskussion ein“, sagte Gläßer. Es gehe nicht um parteipolitische Positionierung, sondern darum, die Bedeutung der regionalen Wirtschaft sichtbar zu machen: „Wir wollen zeigen, dass unsere Wirtschaft stark vor Ort ist.“

Dafür stellt die IHK den Unternehmen konkrete Materialien zur Verfügung. Die Kampagne könne als Einstieg in ein Gespräch mit der Belegschaft, als Grundlage für interne Kommunikation, als Materialsammlung für sachliche Einordnung und als Einladung zum Mitdenken genutzt werden. Informationen, Faktenpapiere, Sonderbeilagen, Präsentationsmaterialien und weitere Angebote bündelt die IHK auf ihrer Kampagnenseite unter www.ihk.de/halle/unsere-wirtschaft-stark-vor-ort.



Die Vollversammlung diskutierte, wie die Kampagne gemeinsam weitergetragen werden kann und welche Angebote in den kommenden Wochen folgen sollen. Dazu zählen weitere Faktenpapiere, zusätzliche Inhalte und Materialien für Unternehmen sowie Formate, die die zentralen Standortfragen weiter in die Öffentlichkeit tragen. Am 18. August 2026 werde schließlich der IHK-Wahldialog mit allen Spitzenkandidaten der Parteien stattfinden.

„All diese Maßnahmen haben denselben Kern: Wir wollen sichtbar machen, was Unternehmen in Sachsen-Anhalt leisten“, betonte Gläßer. Die Kampagne sei deshalb mehr als Öffentlichkeitsarbeit: Sie sei ein Beitrag zur Standortdebatte und ein Angebot an die Mitglieder, diese Debatte mitzugestalten.

Auch die Rentenpolitik war Thema der Vollversammlung. Gläßer warb dafür, die Debatte über die Zukunft der gesetzlichen Rente offen und ehrlich zu führen. Ohne eine durchgreifende Reform werde das aktuelle System auf Dauer nicht funktionieren. Das von ihm gemeinsam mit Prof. Dr. Brockmeier entwickelte „Hallesche Wahlrentenmodell“ setze deshalb auf einen Perspektivwechsel: weg von der politisch aufgeladenen Frage nach einem einheitlichen Renteneintrittsalter für alle, hin zu mehr Wahlfreiheit innerhalb eines klaren Rahmens. Wer früher in Rente gehen möchte, zahlt während seines Erwerbslebens höhere Beiträge. Wer bereit ist, länger zu arbeiten, zahlt niedrigere Beiträge. Zugleich berücksichtigt das Modell Familien sowie körperlich belastende Berufe. Ziel sei ein ernsthafter Reformimpuls für eine Debatte, die durch die Rentenkommission an Fahrt gewinne.

Die Vollversammlung befasste sich auch mit dem geplanten Stromversorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG). Im Zentrum stand dabei der sogenannte „Südbonus“. Zwei Drittel der ausgeschriebenen Gaskraftwerkskapazitäten sollen danach vorrangig in den netztechnischen Süden gehen. Problematisch sei jedoch, dass Kraftwerksbetreiber aus dem netztechnischen Süden auch beim verbleibenden Drittel weiter mitbieten dürfen. Damit bestehe die ernste Gefahr, dass Standorte in Ost- und Norddeutschland hinten herunterfallen - auch solche, die für Netzstabilität, industrielle Versorgung und regionale Wertschöpfung zentral sind. Für die IHK betrifft das insbesondere den Standort Schkopau. Dort gehe es nicht um ein regionales Einzelinteresse, sondern um Versorgungssicherheit, industrielle Stabilität und die Frage, ob Ostdeutschland auch künftig ein verlässlicher Bestandteil der deutschen Industrielandschaft bleibt. „Versorgungssicherheit darf nicht regional einseitig gedacht werden. Wer industrielle Wertschöpfung in Ostdeutschland erhalten will, muss auch die notwendigen Kraftwerkskapazitäten hier ermöglichen“, sagte Gläßer.

Die IHK Halle-Dessau ist die gemeinsame Stimme von 52.000 Unternehmen im südlichen Sachsen-Anhalt. Ihre Mitglieder sichern 400.000 Arbeitsplätze und tragen mit jährlich 30 Milliarden Euro maßgeblich zur regionalen Wertschöpfung bei. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts vereint die IHK Gesamtinteressenvertretung, Dienstleistungen und hoheitliche Aufgaben.

